



Staatliche Unterstützung für Schaeffler nur als Belegschaftsbeteiligung

Pressemitteilung von Oskar Lafontaine, 03. Februar 2009

Zur Meldung, dass der Automobilzulieferer Schaeffler 20.000 seiner 31.000 Mitarbeiter in Kurzarbeit schickt, erklärt der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Oskar Lafontaine:

„Es ist bedauerlich, dass durch die Fehlspekulation von Frau Schaeffler im Rahmen ihrer Übernahme von Continental der Schaeffler-Konzern jetzt hochverschuldet ist. Diese Situation erschwert es jetzt, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Unternehmen durch Eigenmittel abzumildern. Durch die Kurzarbeit müssen nun die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Einkommensverluste hinnehmen.

Bei der Gewährung staatlicher Hilfe müssen daher die Interessen der Beschäftigten im Vordergrund stehen. DIE LINKE plädiert in solchen Fällen dafür, staatliche Gelder nur in Form von Belegschaftsbeteiligungen zu gewähren. Außerdem muss das private Vermögen der Familie Schaeffler zur Bewältigung der Krise herangezogen werden. Jeder Hartz IV-Empfänger muss sein Vermögen offenlegen, um staatliche Unterstützung zu erhalten. Es kann nicht sein, dass

Millionärsfamilien wie die Schaefflers, die ihr Unternehmen durch Fehlentscheidungen mit in die Krise gebracht haben, im Gegensatz zum Hartz-IV-Empfänger ein unbegrenztes Schonvermögen haben.“